

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

1.1.1930 (No. 1)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amen, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. ...

Amtlicher Teil

Zum Volksentscheid „Freiheitsgesetz“

Die Sitzung des Abstimmungsaußschusses zur Beistellung der endgültigen Abstimmungsergebnisse bei obigem Volksentscheid im 32. Stimmkreis findet statt am Donnerstag, den 2. Januar 1930, vormittags 11 1/2 Uhr...

Reichskanzler Müller zum Jahreswechsel Für eine gesunde Finanzwirtschaft

Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht die folgende Neujahrsbetrachtung des Reichskanzlers Hermann Müller: Wieder senkt sich der Vorhang über ein abgelaufenes Jahr und fergewollt späht das Auge in die Zukunft...

Die Haager Schlusskonferenz wird uns übersehen lassen, welche dauernden Verpflichtungen wir durch den verlorenen Krieg zu tragen haben.

Daher galt die Arbeit der Reichsregierung der Aufstellung eines umfassenden Finanzprogramms, das die Kassenschwierigkeiten des Reiches erleichtert und der Wirtschaft durch Steuererleichterungen Förderung bringen sollte.

Allerdings wird die an sich notwendige Steuererleichterungsaktion in dem geplanten Umfang zunächst nicht durchzuführen sein. Ein Teil der hierfür in Aussicht genommenen Beträge muß zur Bildung des Tilgungsfonds, zur Abbedung der schwebenden Schulden benutzt werden.

Reichsregierung, Reichstag und deutsches Volk werden aus der Tatsache, daß die deutsche Republik sich allen äußeren und inneren Widerständen zum Trost in den letzten zehn Jahren dauernd konsolidierte, das Vertrauen schöpfen, daß auch alle Schwierigkeiten der Gegenwart und nächsten Zukunft sicher überwunden werden.

Schließlich leben wir alle in einer Schicksalsgemeinschaft, der keiner entrinnen kann. Ich will gewiß keinem unangebrachten Optimismus das Wort reden. Aber ich muß doch feststellen, daß auch bei ernstester Würdigung aller in Staat und Wirtschaft unlegbar vorhandenen Schwierigkeiten unsere deutsche Wirtschaft im Kern gesund ist, und unsere deutschen Finanzen im Kern gesund sind.

Die „Danziger Zeitung“, die im 72. Jahrgang steht, und im Verlage von A. W. Kafemann erscheint, stellt mit dem 31. Januar ihr Erscheinen ein. Damit geht die älteste Danziger Zeitung ein, die als politisches Blatt auch über die Grenzen Danzigs hinaus Bedeutung hatte.

Letzte Nachrichten

Der neue amerikanische Botschafter Eine Unterredung mit Senator Sackett

W.B. New York, 31. Dez. (Tel.) Associated Press bringt aus Havanna eine Unterredung mit Senator Sackett, der dort zu einem Erholungsurlaub eingetroffen ist. Er erklärte, falls es sich bestätige, daß er zum Botschafter in Berlin ernannt werde, werde er sofort nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, um Vorbereitungen für seine baldige Abreise zu treffen.

Herriot tritt als Bürgermeister von Lyon zurück

W.B. Paris, 31. Dez. (Tel.) Gestern ist es zwischen dem Bürgermeister von Lyon, Herriot, und den sozialistischen Vertretern im Rhoner Gemeinderat zu wiederholten Zwischenfällen wegen der Frage einer Anleihe gekommen. Herriot hat angekündigt, daß er sein Amt als Bürgermeister niederlegen werde.

Eine Neujahrsbetrachtung von Reichsminister Dietrich

In der Neujahrsnummer der „Königsberger Gartenzeitung“ veröffentlicht Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Hermann Dietrich, eine Neujahrsbetrachtung, die wir u. a. entnehmen:

Mit aller Entschiedenheit muß betont werden, daß das ganze deutsche Volk weiß, welche ungeheuren Lasten der Youngplan, so wie er jetzt vorliegt, bedeutet. Schon die Kommerzialisierung eines Teiles dieser Schuld, welche aus den Obligationen der Reichsbahn zu verzinsen und zu tilgen sein würde, ist eine ungewöhnlich ernste Sache.

Wie wir im Westen die besetzten Gebiete befreien und die Saar wiedergewinnen wollen, so wollen wir den Osten, der in der Hauptsache agrarisch ist, dadurch verteidigen, daß wir ihn landwirtschaftlich wieder leistungsfähig machen.

Wenn die Jugend der bürgerlichen Schichten, statt in der Vergangenheit zu träumen, entschlossen den Kampf um diesen Staat und seine Zukunft aufnehmen wollte, dann vermöchte sie ihn vielleicht so zu gestalten, wie sie ihn gern hätte. So lange sie murrend abseits steht, werden diejenigen herrschen, die die Republik befehlen und sie für sich in Anspruch nehmen.

Übernahme des Reichsfinanzministeriums

Der neue Reichsminister der Finanzen, Prof. Dr. Wolbenhauer, hat sich Montag vormittag den Beamten und Angestellten des Reichsfinanzministeriums vorgestellt. Nach begründenden Worten des dienstältesten Ministerialdirektors im Reichsfinanzministerium, Dr. Jarben, bekannte sich Prof. Dr. Wolbenhauer zu dem starken Optimismus, der notwendig ist, um die Fülle der Aufgaben bewältigen zu können.

Dr. Wolbenhauer sprach von der Haager Konferenz und erklärte: Wir können uns den Luxus einer inneren Perfektion, den Kampf aller gegen alle, am allerwenigsten in der jetzigen Zeit leisten; wir müssen vielmehr eine geschlossene Front bilden, die sich nicht teilen läßt von der Straße. Wie schon alles wäre, wenn dies und das anders wäre. Nein, wir müssen mit eisernem Willen und klarem Blick unser Ziel verfolgen.

Der Minister nahm während seiner Ausführungen Gelegenheit, den neuen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schäffer, in sein Amt einzuführen.

* In ein neues Jahr

Nur derjenige wird der politischen Bedeutung des verfloffenen Jahres ganz gerecht werden, der in kurzem Überblick dessen für uns wichtigste Ereignisse würdigt, daraus die für die Wohlfahrt des Vaterlandes einzig möglichen Lehren zieht und frischen Sinnes darangeht, diese Lehren in die Praxis umzusetzen.

Welches ist die oberste Lehre, die uns das Jahr 1929 erteilt hat? Von der Beantwortung dieser Frage wird der Charakter unserer zukünftigen Politik bestimmt werden. Nun, jene oberste Lehre ist die immer tiefer in die Massen eindringende Erkenntnis von dem Primat, des Vorrangstellung der Wirtschaftspolitik. Und da Wirtschaftspolitik heutzutage in engster Berührung mit der Außenpolitik steht, wir Deutsche aber durch den Friedensvertrag von Versailles und das, was man Reparationspolitik nennt, sozusagen bei jedem Schritt auf jene Verkopplung von Wirtschaftspolitik und Außenpolitik stoßen, fließen die beiden Begriffe für den deutschen Staatsmann unserer Tage beinahe in eins zusammen.

Allerdings haben wir dabei eine Einschränkung zu machen, und zwar eine Einschränkung, die sowohl innerpolitisch wie außenpolitisch für unser Finanz- und Wirtschaftsgebaren gilt. Wir sind nämlich nicht in der Lage, auf die Dauer Lasten in dem Ausmaß zu tragen, wie sie uns von unsern Gläubigern aufgebürdet wurden. Und unsere Wirtschaft ist nicht in der Lage, die notwendigen Steuererträge zu garantieren und dem Gros unseres Volkes Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, wenn wir weiterhin die Prosperität dieser Wirtschaft verhindern.

Beides hat Hand in Hand zu gehen: der Kampf um die Erleichterung der Reparationslasten und die Förderung nach einer Finanz- und Wirtschaftspolitik, welche der Wirtschaft wieder auf die Beine hilft. Über das Wie wird man sich im kommenden Jahr zu verständigen haben. Natürlich wird das Gesehehen müssen auf einer mittleren Linie vernünftigen Ausgleichs der Interessen. Aber Gesehehen muß es unter allen Umständen!

Man hat im verfloffenen Jahre auf der Sachverständigenkonferenz in Paris den Youngplan aufgestellt, und die erste Haager Konferenz im Sommer hat mit der Annahme dieses Planes durch die beteiligten Regierungen geendet. Entscheidende, für Deutschland geradezu lebenswichtige Beschlüsse sind in Paris und im Haag gefaßt worden. Und ganz bestimmte Abmachungen über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes sind getroffen worden. Alles das hat nicht nur den kaum noch zu ertragenden Druck des Dawesabkommens von uns genommen, sondern auch positiv die Aussicht auf weitere vernünftige Kompromisse eröffnet und der Verständigungspolitik neue, erfreuliche Impulse verliehen. Der Staatsmann, der diese Erfolge mit einheimen half, Stresemann, ist im vergangenen Jahre durch den Tod abgerufen worden. Und man darf ruhig sagen, daß bis heute die Lücke, die hier der Tod gerissen hat, noch nicht ganz ausgefüllt ist.

Schon der Beginn des neuen Jahres wird uns die zweite Haager Konferenz bringen, in welcher das letzte Siegel unter die Arbeiten der Pariser Sachverständigenkonferenz und der ersten Haager Konferenz gedrückt werden soll. Noch ist eine Reihe höchst bedeutungsvoller Entschlüsse zu fassen. Sie dürfen nicht zu einer Verschlechterung für Deutschland führen. Andererseits wird in diesem Augenblick kein deutscher Staatsmann einen Versuch wagen wollen. Wir wissen alle — und der Youngplan drückt es ziemlich klar aus —, daß dieser Abzahlungsplan noch nicht der finanzpolitischen Weisheit letzter Schluss ist. Jeder verständige Finanzmann der

Mit der Beilage: 7. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Welt ist überzeugt davon, daß das Reparationsproblem sich noch manche Revision wird gefallen lassen müssen. Die Hauptsache ist die, daß überhaupt einmal eine diskutierbare Basis der Einigung gefunden wurde, daß Deutschland dank dieser Abmachung von den drückendsten Fesseln des Friedensvertrags und des Dawesabkommens befreit wird, daß wir im neuen Jahre mit der Räumung der dritten Zone des Rheinlands rechnen können, daß die Rückkehr des Saargebietes zum Vaterland in Aussicht steht, und daß die Verständigungspolitik endlich zu greifbaren Ergebnissen gelangt ist.

So wird jedenfalls die Außenpolitik auch im neuen Jahre von beherrschender Bedeutung sein. Aber neben ihr und mit ihr aufs engste verflochten die Wirtschaftspolitik. Es sind drei Probleme, die hier im Vordergrund stehen. Das erste Problem ist die Aufrechterhaltung unserer Währung. Man mag über den Reichsbankpräsidenten Schacht, dem in erster Linie die Erfüllung dieser Aufgabe obliegt, denken, wie man will: als Hüter der Währung Deutschlands hat er seine Pflicht in einem Maße getan, die den Dank aller gerecht denkenden Staatsbürger verdient. Die Valuta ist praktisch im Augenblick für uns gottlob überhaupt kein Problem.

Wahrhaftig problematisch dagegen ist die Lage der Reichsfinanzen und die Lage der deutschen Volkswirtschaft. Der Reichsetat muß in den kommenden Monaten in Ordnung gebracht werden. Dazu ist — vom Standpunkt des Reiches, der Länder und Gemeinden aus gesehen — eine Finanzpolitik äußerster Sparfahigkeit Voraussetzung. In einer Zeit schlechter Konjunktur und wirtschaftlicher Nöte ist der Beamtenapparat in geradezu krankhafter Weise aufgebläht worden. Aus dieser Erkenntnis muß die richtige Schlussfolgerung gezogen werden. Mit Maßnahmen wie denen vom Jahre 1923 wird man allerdings wohl nicht recht vorwärts kommen. Wahrscheinlich wird hier eine ganz gründliche Revision gewisser, bisher als sakrosankt geltender Anschauungen einsehen müssen.

Das zweite Erfordernis für die Gesundung der öffentlichen Finanzgebarung ist ein positives. Es betrifft die Erhöhung der Steuerertragskraft unserer Wirtschaft. Das Reich, die Länder und Gemeinden brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Geld. Und das Geld muß aus den Steuern geschöpft werden. Fließt die Steuerquelle spärlich, so wird die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden in Unordnung geraten. Es muß also alles versucht werden, um diese Steuerquelle kräftiger fließen zu lassen. Das ist auch aus sozialpolitischen Gründen notwendig, da nur so der immer bedenklicher werdenden Arbeitslosigkeit entgegengegriffen werden kann. Man wird auf Einzelheiten dieses Themas in den folgenden Monaten noch oft genug zurückkommen haben. Aber heute schon ist es ganz klar, daß das vom Reichstag angenommene Finanzprogramm der Reichsregierung als Ganzes durchgeführt werden muß, eben weil es die Ordnung der Reichsfinanzen und jenes Steuerertragsprogramm für die Wirtschaft umfaßt, welches allein die große wirtschaftliche Krise befeitigen helfen wird.

Wir wollen das neue Jahr im Dienste des Vaterlandes, im Dienste des Reiches und unserer badischen Heimat nicht mit Gefühlen der Niedergeschlagenheit und Verzweiflung betreten. Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, zu verzweifeln. Dazu hat es, in der Summe gesehen, in den letzten Jahren zu Gewaltiges geleistet. Aber wir krankten noch zu sehr an gewissen Ideologien. Und wir müssen aus dem Bannkreis solcher Ideologien heraus. Wenn das verlassene Jahr bei allen zur Führung berufenen Volksgenossen diese Überzeugung befestigt hat, dann werden sich bestimmt im neuen Jahre die Mittel und Wege finden lassen, die uns auch in wirtschaftspolitischen Beziehung einer glücklicheren Zukunft entgegenführen!

Der Eigentümer eines Konfektionsgeschäftes in Solothurn erschickte seine beiden Mädchen im Alter von 7 und 10 Jahren, seine Frau und sich selbst. Die Gründe sind unbekannt.

Badisches Landestheater

Cavalleria rusticana — Der Bajazzo

Allen Winter, welche für unsere durch ihren sonntäglichen Anfall (Weinbruch in der Nachmittagsvorstellung „Fidelio“) verhinderte Hochdramatische schnell und ohne jede Verständigungsprobe die Partie der Santuzza übernommen hatte, durfte sich am Schluß der „Cavalleria rusticana“ herzlichsten Beifalls erfreuen. Er war wohlverdient, denn nicht nur legitimierte diese frühere Schülerin Marx von Ernst und jetzige Solotänzerin des Landestheaters sich damit als eine schon bürgenfesten Anwärterin ihres Faches, sondern ihre nicht alltäglichen stimmlichen Qualitäten, deren Grenzen sie kühnweit nie überschritt, bildeten zugleich den Hauptreiz ihres improvisierten ersten größeren Auftretens. In der Aufführung, die zur Zeit keineswegs zu den Ruhmestaten unserer Landesbühne zählt, fanden die in ihrer Bühnenpraxis längst bewanderten Gestalten eines Turiddu (Wilhelm Kentwig) und Alfio (Josef Müller) wieder gebührende Beachtung. Neu erschien ebenfalls, wenigstens für mich, die Besetzung der Lucia durch Elise Grünwald-Schertel, die ihren tragfähigen Alt mit Bedacht zu schattieren und angenehm persönlich zu färben wußte.

Im nachfolgenden „Bajazzo“, mit gleicher Umsicht von Rudolf Schwarz dirigiert, war es nicht uninteressant, wieder einmal Josef Witt, unserem früheren Mitglied und jetzt in Köln gefeierten lyrischen Tenor, als Canio zu begegnen. In seinem Streben nach Charakterisierung ist er inzwischen entschieden gewachsen, wenn man auch nicht ganz zu verschweigen braucht, daß er das Kraftvolle jetzt etwas zu stark untertreibt und sowohl stimmlich wie darstellerisch oft überbetont. Immerhin erwies dies Gastspiel abermals den intelligenten, durch und durch musikalischen Sänger, als den wir den Künstler, der sich in jede seiner Aufgaben mit wahrer Inbrunst Inset, leider von uns ziehen sahen.

Die Vorbereitungen für den Haag

Die Aufgaben der Konferenz

An der Schlußkonferenz im Haag, die am 3. Januar, nachmittags, offiziell eröffnet wird, werden nicht nur die am Youngplan unmittelbar beteiligten Mächte teilnehmen, sondern auch die anderen Länder, die als Reparationsgläubiger in Frage kommen. Das Programm der Konferenz ist die Fertigstellung der Schlußakte, worin die Inkraftsetzung des Youngplans mit allem, was dazu gehört, vereinbart wird.

Das Inkrafttreten des Plans selbst mit den daran geknüpften politischen Folgerungen, die sich vor allem auf die Räumung der dritten Zone beziehen, hängt nach dem Plan selbst von drei Voraussetzungen ab: von der Ratifizierung der Schlußakte durch die beteiligten Mächte und der Annahme der damit verbundenen neuen Gesetze (Reichsbankgesetz, Reichsbankgesetz usw.) durch den Deutschen Reichstag, weiter von der Errichtung der Internationalen Bank in Basel und endlich von der Übergabe der im Annex III des Youngplans beschriebenen Schuldbescheinigungen Deutschlands an die Internationale Bank. Die Bank erhält diese Schuldbescheinigung als Treuhänder der Bank der Gläubigerstaaten. Für jede Jahresannuität sollen an die Schuldbescheinigung zwei Kuponen angehängt werden, einer für den geschuldeten und einer für den ungezahlten Teil der Annuität.

Der Vorbereitung dieser formellen Akte haben die Arbeiten der Organisationskomitees und vor allem des Juristenkomitees gebildet, das in der ersten Dezentehälfte in Brüssel versammelt war. Außerdem haben, wie man weiß, unmittelbare diplomatische Verhandlungen über einzelne besonders wichtige Gegenstände stattgefunden, so zwischen Deutschland auf der einen, England und Polen auf der anderen Seite über die Liquidationsfrage.

Wegen der Errichtung der Internationalen Bank haben, wie aus Schweizer Veröffentlichungen hervorgegangen ist, in den letzten Wochen Verhandlungen mit dem Schweizer Bundesrat stattgefunden, die wohl eine Einigung über alle einzelnen Fragen erwarten lassen. Da die Errichtung der Bank internationale Abmachungen mit der Schweiz voraussetzt, dürfte auch ein Vertreter dieses Landes an der Haager Konferenz teilnehmen.

Gegen das deutsch-englische

Liquidationsabkommen

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels teilt mit, daß er in der Frage der Freigabe des deutschen Eigentums in England heute an den Reichsminister des Äußeren ein Telegramm gerichtet hat, in dem gegen die Unterzeichnung des Abkommens mit England Stellung genommen wird, durch das 14 Millionen Pfund beschlagnahmten deutschen Eigentums verlorengehen würden. Es müsse verjagt werden, eine Lösung zu finden, die zum mindesten für diesen Berg die gleiche wertvolle Konzeption bringt. Dies liege gleichzeitig im Interesse der ungehinderten Entwicklung des internationalen Handels.

Die Angestelltenversicherung

Aut „Vorwärts“ wird die Angestelltenversicherung aller Voraussicht nach im Februar den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags beschäftigen. Es ist damit zu rechnen, daß dem Reichstag eine Doppelvorlage zugeht, da der Reichstag gegenüber dem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums verschiedene Änderungen vorgeschlagen hat. Wie das Blatt bemerkt, wird man sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt machen müssen, da bereits die Regierungsvorlage den Wünschen der freien Angestellten keineswegs in allen Punkten, vor allem nicht in der Frage der Steigerungssätze, entspricht.

Italienische Sorgen

Der „Popolo di Roma“ führt aus, daß sich die italienische Klasse, verglichen mit den Massen umliegender Länder, in einer keineswegs günstigen Lage befindet. In den ersten elf Monaten dieses Jahres sei die Zahl der Geburten um 29 460 hinter diejenigen des gleichen Zeitraumes im Jahre 1928 zurückgeblieben. Wenn dies so fortgehe, so werde Italien nach 10 Jahren hinsichtlich seiner Geburtenzahl hinter Frankreich zurückbleiben. Die Bilanz verschlimmere sich aber noch, wenn man die Behntaufende von Todesfällen hinzurechnet. Täglich beginne die italienische Klasse langsam auszufrieren. Das Blatt gibt den Städten die Schuld an dieser Erscheinung, sie seien es, die die Leute unfruchtbar machten.

Die Polarfahrt des „Graf Zeppelin“

Im Zusammenhang mit dem zum Teil unrichtigen Presse-meldungen wegen der im April-Mai 1930 geplanten Polar-expedition des „Graf Zeppelin“ erklärt der Vorstand der Aeroarctic u. a.: Es ist infolge der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage nicht gelungen, die Versicherung des Luftschiffes so frühzeitig unterzubringen, daß mit der Durchführung der Expedition für das Jahr 1930 gerechnet werden kann. Erst jetzt eröffnen sich günstigere Aussichten für den Abschluß der Versicherung, und nunmehr hofft der Vorstand der Aeroarctic, die Expedition im Jahr 1931 mit Bestimmtheit durchführen zu können. Der Vorstand der Aeroarctic nimmt diese Gelegenheit wahr, ganz besonders der deutschen Reichsregierung, den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, die Regierungen von Norwegen, Dänemark, Kanada und Spanien, sowie den Städten Fairbanks und Tromsø, den wissenschaftlichen Instituten, den Industrie-firmen und nicht zuletzt der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H., die die Expedition moralisch und materiell bereits so hochwertig gefördert haben, zu danken.

Politische Zusammenstöße. Zu schweren politischen Zusammenstößen kam es in der Nacht zum Sonntag in Saarbrücken. Nach einer Festlichkeit des Ostjüdischen Vereins gerieten Nationalsozialisten gegen 4 Uhr morgens mit einer Gruppe heimkehrender Festteilnehmer in Streit und verletzten dabei einen Saarbrücker Kaufmann. Hierauf stürmten sie den Saal, wobei sich eine blutige Schlägerei entspann. Einer der Nationalsozialisten und ein Saarbrücker Kaufmann wurden hierbei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Keine Abschaffung der Untersuchungsausschüsse in Preußen. Von zuständiger preussischer Stelle wird mitgeteilt, daß die preussische Regierung nicht, wie in einem Berliner Blatt behauptet, beabsichtige, die Untersuchungsausschüsse abzuschaffen. Namentlich sei dem Finanzministerium nichts davon bekannt, daß aus Erparnisgründen gegen die Untersuchungsausschüsse eingeschritten werden soll.

Deutscher Arbeiterbesuch in Paris. Der Verband der Arbeitergewerkschaften von Paris und Umgebung hat Montagabend eine seit acht Tagen in Paris weilende Delegation der deutschen Arbeiterjugend empfangen. Dieser Empfang stand im Zeichen der deutsch-französischen Verständigung.

Die Ziele der Kleingartenbewegung

Die Anlage von Kleingärten kann zwei ganz verschiedenen, aber sozial gleich wertvollen Zwecken dienen. Sie kann einmal von ernährungswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen. Die Besitzer von Kleingärten haben die Möglichkeit, ihre Familien selbst ausreichend mit Gemüse, Obst, Salaten usw. zu versorgen. Dabei bildet der Besitz eines Kleingartens — mag es sich dabei um Eigentum oder Pacht handeln — auch ein wertvolles Mittel zur Milderung der Erwerbslosigkeit.

Der Arbeitslose, der Kleingärtner ist, wird sich, namentlich in den Sommermonaten, den notwendigen Bedarf an Nahrung zum großen Teil selbst ziehen können. Er wird dadurch, zusammen mit der Erwerbslosenunterstützung, die er erhält, sich und seine Familie weit besser und länger zu erhalten imstande sein als andere Arbeitslose. Welche Bedeutung das in sozialer und volkswirtschaftlicher Hinsicht hat, ergibt sich daraus, daß in einer Statistik des Reichsverbandes der Kleingartenvereine die Zahl der Kleingärtner auf fast 415 000 bejährt wird, von denen rund 236 000 Arbeiter gegen 49 000 Angestellte sowie 81 000 Kleinrentner, Sozialrentner oder Pensionäre sind. Wenn diese zahlreichen Kleingärtner ihren Bedarf an Obst und Gemüse selbst herstellen können, so wird hierdurch nicht nur ihre eigene soziale Lage sich verbessern, sondern es wird auch der deutschen Volkswirtschaft ein wertvoller Zuwachs an Nahrungsmitteln zugeführt, der sonst vielleicht durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt werden müßte. Welche Werte hier geschaffen werden, mag man daran beurteilen, daß nach Feststellungen der Berliner Kleingartenvereine allein in der Reichshauptstadt das von den Kleingärtnern erzeugte Obst einen Wert von jährlich 1½ Millionen Reichsmark repräsentiert. Hier von ausgehend, schätzt man die Obstproduktion der Kleingärtner in ganz Deutschland auf rund 15 Millionen Reichsmark.

Aber hiermit ist der Nutzen der Kleingärten noch bei weitem nicht erschöpft. In den Großstädten bilden sie vor allem einen nicht hoch genug einzuschätzenden Ausgleich für das enge und mangelhafte Wohnen in den Mietstajernen. Selbst dort, wo diese Wohnungen den notwendigen Ansprüchen genügen, bietet der Aufenthalt in den Kleingärten eine billige und gesunde Erholung. Der volkshygienische Nutzen der Kleingärten ist also zweifellos außerordentlich hoch. Führt man hierzu noch hinzu, daß auch erhebliche erzieherische und kulturelle Werte im Kleingartenwesen liegen, so erkennt man, daß die Förderung der Kleingartenbewegung heute zu den wichtigsten Aufgaben der Staats- und namentlich der Kommunalverwaltungen gehört.

Ein „evangelisches Zentrum“

Christlich-sozialer Volksdienst. In gemeinsamer Sitzung haben am Samstag Vertreter des christlichen Volksdienstes und der christlich-sozialen Reichsvereinigungen aus ganz Deutschland den Zusammenschluß beider Bewegungen unter dem Namen Christlich-sozialer Volksdienst beschlossen. Der Reichsverband setzt sich aus den Herren Baujch, Mitglied des Württembergischen Landtags, Hartwig, Mitglied des Reichstags, Süßler, Mitglied des Reichstags, Klejch, Mitglied des Preussischen Landtags, Kling, Mitglied des Württembergischen Landtags, und Singendörffer, Stuttgart, zusammen.

Ein Aufruf, der sich an das deutsche evangelische christliche Volk richtet, betont, daß man sich zu gemeinsamem Dienst am deutschen Volke vereinigt habe, um die Kräfte des Evangeliums im öffentlichen Leben wirksam werden zu lassen. Die Vereinigung erzieht mit veranbten politischen Richtungen eine Form der Zusammenarbeit, die der Erneuerung des politischen Lebens besser dient als die bisherige Praxis der Deutschnationalen.

Der Welfenschatz für Deutschland verloren

Die städtischen Kollegien in Hannover beschäftigten sich am Montagabend in einer mehrstündigen Beratung mit dem Verkauf des Welfenschates. Der Welfenschatz war von dem Herzog von Braunschweig und Lüneburg an ein Konfortium von Kunsthändlern verkauft worden. Der Herzog hatte sich aber bereit erklärt, von diesem Vertrage zurückzutreten, wenn Hannover den Welfenschatz mit den Herrenhäusergartenanlagen übernehmen wolle. Die Gesamtbelastung für die Stadt Hannover würde insgesamt 10 Millionen Reichsmark betragen. Der vom Oberbürgermeister als auferst gültig betrachteten Antrag wurde vom Magistrat angenommen, im Bürgerversteherkolleg nun aber mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Auch ein Kompromissantrag, nach welchem einige große Stücke des Welfenschates für vier Millionen Reichsmark an den Staat abgetreten werden sollten, verfiel der Ablehnung. Damit dürfte der Welfenschatz für Deutschland verloren sein, da der Herzog nur bis zum 1. Januar von dem Verkauf an das erwähnte Konfortium zurücktreten kann.

Eine rätselhafte Krankheit

In Berlin und anderen norddeutschen Städten sind Todesfälle und Erkrankungen vorgekommen, die auf die sog. „Papageienkrankheit“ zurückgeführt werden. Es handelt sich um eine Krankheit, die durch Papageien auf Menschen übertragen wird. Eine Gefahr soll namentlich von frisch eingeführten Tieren drohen. Vögel, die seit Jahren schon in Deutschland gehalten werden und sich schon an unser Klima gewöhnt haben, erkranken nicht mehr an dieser gefährlichen Vogelgrippe. Um eine Verbreitung dieser gefährlichen Vogelgrippe zu verhindern, dürfte es ratsam sein, die in den letzten Monaten gekauften Tiere in einem verschlossenen Bauer zu halten und jede nähere Verührung mit ihnen zu vermeiden. Die Krankheit ist eine Art Lungenerkrankung und betraf eine Reihe von Personen, die Papageien hielten.

Die am Samstag in Halle festgenommenen sechs jungen Leute, Mitglieder der kommunistischen Jugend, die unter dem Verdacht standen, den Stahlhelmsmann Küffner durch Stoch-hiebe und Messerstiche tödlich verletzt zu haben, haben nunmehr die Tat eingestanden.

Nach einer Meldung der „Samburger Nachrichten“ stürzten am Sonntagabend an der Südküste der Insel Helgoland oberhalb des Bahnhofs große Felsmassen ab. Dabei wurden der Wasserbehälter und zwei Schuppen zerstört.

Die Weltraumrakete Professor Oberth's steigt nicht. Professor Oberth hat einen Nervenzusammenbruch erlitten, der ihn zwang, seine Arbeiten abzubrechen.

Die Leiche des seit dem ersten Weihnachtstfest vermißten Schiffsmotors und efnischen Konjuls Friedrich Meng in Rostock wurde von einem Fischer in der Rarow gefunden. Die Ursache des Selbstmordes dürfte in Zahlungsschwierigkeiten zu suchen sein.

Ein 28 Jahre alter Chauffeur namens Schulz gab in Danzig auf den österreichischen Bizefonul, Arno Meyer, und dessen Schwester, in deren Diensten er stand, zwei Schüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Täter brachte sich darauf einen Schuß in die Schläfe bei und verletzte sich schwer. Es wird angenommen, daß Schulz, der die Nacht durchgezogen hatte, in einem Anfall plötzlicher Geistesverwirrung gehandelt hat.

Badischer Teil

Vom neuen süddeutschen Großsender

Am 21. Dezember wurde in Stuttgart vor dem öffentlichen Notar der Vertrag aufgestellt und unterschrieben, den die politische Gemeinde Darmstadt und die Süddeutsche Rundfunk-Gesellschaft, Stuttgart, miteinander geschlossen haben. Demnach verpflichtet sich die Gemeinde, auf ihre Kosten das erforderliche Baugelände zu beschaffen, eine Zufahrt herzustellen und die Wasserleitung bis zum Sendergelände heranzuführen. Nach dem Lageplan, der dem Vertrag zugrunde liegt, beträgt das von der Gemeinde zu stellende Bauland 37 000 Quadratmeter. Die Abrechnung an die Süddeutsche Rundfunk-Gesellschaft ist spätestens 1. April 1930 vollzogen sein. Die Frage der Versorgung der Senderanlage mit elektrischem Strom ist der Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Deutschen Reichspost vorbehalten. Die Süddeutsche Rundfunk-Gesellschaft will mit den Bauarbeiten sobald als möglich anfangen und sie so beschleunigen, daß der Sender im Herbst 1930 in Betrieb genommen werden kann.

Beamtenhaft und Beamtenversorgung

Neuerdings hat die Deutsche Beamtenwarenbearbeitung (Debema) G. m. b. H., Berlin, in Mannheim ein Warenhaus in Betrieb genommen und beabsichtigt, auch in anderen badischen Städten sogenannte Beamten-Warenhäuser einzurichten. Mangel eines Bedürfnisses dazu, sowie aus volkswirtschaftlichen und beamtenpolitischen Gesichtspunkten hat der Bund der gehobenen mittleren Beamten Badens in seiner vor kurzem stattgefundenen Gesamtsitzung beschlossen, daß er jeder Beteiligung an Einrichtungen der Beamtenwarenbearbeitung ablehnend gegenübersteht. Seine Fachvereine sollen ihren Mitgliedern empfehlen, sich nicht der Organisation der „Debema“ zur Verfügung zu stellen. Das persönliche Recht des einzelnen, die Waren nach seinem freien Entschluß einzukaufen, wird dadurch nicht berührt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Bau der Michelin-Werke in Karlsruhe. Mit dem Bau der Fabrik- und Verwaltungsgebäude für die Karlsruher Zweigniederlassung der Michelin-Gesellschaft in Clermont, der Weltfirma in Pneumatik, wird im März 1930 begonnen werden. Die Gesellschaft hat in ihrem Voranschlag für den Bau Millionenbeträge in deutscher Reichsmarkvorgabe vorgesehen. Das Karlsruher Werk wird die erste deutsche Fabrikniederlassung der Michelin-Gesellschaft sein. Sie hatte bisher für Deutschland nur eine Zweigniederlassung in Mainz, ohne eigene Fabrikation, lediglich Verkaufsbüros und Lager, allerdings mit 115 Beamten. Diese Niederlassung in Mainz wird nun eingehen und mit der Karlsruher Fabrik verbunden werden. Als Gelände für die Anfrischung des Wertes ist nahe am Rheinhafen eine Fläche von 138 000 Quadratmeter vorgesehen. Die Michelin-Gesellschaft verpflichtet sich, außer den notwendigen Spezialkräften, die sie mitbringen muß, für ihre Belegschaft in der Hauptsache Arbeiter und Arbeiterinnen durch Vermittlung des Karlsruher Arbeitsamtes einzustellen.

Erstwahl in den Stadtrat. Bei der am Montag durch die Stadtverordneten vorgenommenen Wahl eines Ersatzmannes in den Stadtrat für den verstorbenen Stadtrat Dr. Hugo Geißler ist mit Amtsdauer bis zur nächsten Erneuerungswahl des Stadtrats (November 1930) Friedrich Lang, Buchdruckermeister in Karlsruhe, gewählt worden.

70. Geburtstag feiert am heutigen Dienstag der weitesten Kreise bekannte Hausmeister des Badischen Kunstvereins, Jakob Huber.

Unfall im Landes-Theater. In der Sonntagnachmittagsvorstellung von Beethoven's „Fidelio“ führte die Darstellerin der „Leonore“, Frau Tine Reich-Dörich im Quartett des letzten Aktes eine Treppe herunter, wobei sie sich einen Wadenbeinbruch zuzog. Die Wunde wurde von Else Blum weitergeheilt.

Colosseum-Theater. Wie uns die Direktion mitteilt, findet bereits heute, Silvesterabend, Programmwechsel statt. Zur Aufführung gelangt „Kuni laht aus“, 3 Akte voll Komik und Satire. Der Inhalt des Stückes ist die wahre Geschichte der 18jährigen Leni Bismarck von Wittenwald. Zerofal mit seinen 25 Burenkindern bildet auch heute wieder das Tagesgespräch von Karlsruhe, und die vollbesetzten Häuser, sowie der ungeheure Beifall bezeugen am besten, wie beliebt Zerofal hier ist. Das heutige Stück wird, wie in den bis jetzt gespielten Stücken, wahre Feiertagsstimmung beim Publikum hervorrufen. Am Neujahrstag und an den übrigen Sonntagen finden wie üblich zwei Vorstellungen statt, und zwar um 8 1/2 Uhr und 8 Uhr. Auf die Nachmittagsvorstellungen werden besonders die auswärtigen Besucher hingewiesen. Wer die Alltagsorgen gründlich einmal abschütteln und recht herzlich lachen will, dem gilt die Parole: Auf ins Colosseum zu Zerofal.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine Handführung der standinabischen Zykone hat heute Nacht eine weitere Staffel wärmerer Luft vorgetrieben, die stellenweise ergiebige Niederschläge bringt. Morgen wird die maritime, für diese Jahreszeit noch immer milde Strömung der Küste der Depression unsere Witterung bestimmen. Wetterausblick: Weiterer langsamer Temperaturrückgang, jedoch für die Jahreszeit noch mild, Regenschauer bei zeitweise frischen böigen Westwinden, höhere Gebirgslagen Schnee.

31. Untererbach (Amt Billingen), 31. Dez. Gestern nachmittag brach auf dem benachbarten Hofe „Hinterhölzer“ Feuer aus, das das Wohn- und Ökonomiegebäude des Landwirts Gahner in kurzer Zeit in Asche legte. Der Besitzer war gerade mit Dreschen beschäftigt. Das Vieh konnte noch im letzten Augenblick gerettet werden. Der Schaden ist sehr groß, der Besitzer soll schlecht versichert sein.

Werbung für die Fremdenlegion. Ein Läufer aus Mainz wurde festgenommen, als er versuchte, in Darmstadt zwei junge Leute der französischen Besatzung zuzuführen in der Absicht, sie für die Fremdenlegion anwerben zu lassen. Auch die Prager Polizei verhaftete einen Mann, der dort Anwerbungen für die Fremdenlegion vornahm. Er legte ein volles Geständnis ab. Er hat sein gefährliches Handwerk bereits in vielen Staaten Europas betrieben.

Der Landesführer der Wiener Heimwehr, Hofrat Ing. Fischl, ist von seiner Stellung zurückgetreten. Der Rücktritt Fischl's, der die entschiedene völkisch-antisemitische Richtung vertritt, ist auf politische Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen.

Das französische Parlament ist bis zum 14. Januar in die Ferien gegangen. Zuletzt hat man sich noch über die am 1. Januar einzuführenden Steuererhöhungen von insgesamt 1,45 Milliarden geeinigt.

Neuer Generalsekretär der Faschisten. Das Amtsblatt in Rom veröffentlicht das königliche Dekret, durch welches Augusto Turati zum Generalsekretär der faschistischen Partei ernannt und ihm das Recht verliehen wird, an den Sitzungen des Ministerrats teilzunehmen.

Die Räte der Klein- und Mittelstädte

Aus dem Tätigkeitsbericht des Reichsstädtebundes

Der letzte Geschäftsbericht des Reichsstädtebundes, der mit seinen 1500 Mitgliedsstädten eine der großen kommunalen Spitzenorganisationen darstellt, gibt einen gut orientierenden Überblick über die meisten gegenwärtig zur Diskussion stehenden kommunalpolitischen Fragen. Es ist sicher auch kein Zufall, daß die Mehrzahl der hier behandelten Fragen zugleich im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen, denn bei dem großen Umfang der gemeindlichen Aufgaben ist es wohl erklärlich, daß fast jedes politische Problem zugleich auch eine kommunalpolitische Seite hat. Sieht man von den Fragen der Außenpolitik ab, so berührt fast jede Maßnahme der Gesetzgebung in irgendeiner Weise bald härter, bald schwächer die kommunalen Interessen.

Von den großen Fragen, die im letzten Jahre das Arbeitsgebiet des Reichsstädtebundes bildeten, hat die der kommunalen Neugliederung in Westdeutschland inzwischen durch die Gesetzgebung ihre hoffentlich endgültige Lösung gefunden. Der Reichsstädtebund hat sich mit dieser Eingemeindung und Umgebeung schon deswegen sehr eingehend beschäftigt, weil auch in anderen Provinzen eine kommunalpolitische Umorganisation geplant ist. Die Entscheidung, die im Westen gefallen ist, hat daher zweifellos eine grundsätzliche Bedeutung für die Entwicklung im ganzen Reich. Ferner hat der Reichsstädtebund in Gemeinschaft mit den kommunalen Spitzenverbänden der Großstädte und der Landgemeinden sich mit großer Kraft dafür eingesetzt, daß die aus der Neugliederung der Landkreise resultierende Selbstverwaltung der kreisangehörigen Gemeinden drohenden Gefahren abgewehrt werden. Bei der Stellungnahme zu der Auflösung der Gutsbezirke zeigte sich der Reichsstädtebund für einen gerechten Ausgleich der Interessen von Landgemeinden und Städten ein. Gegen die Absicht, eine Anzahl kleinerer Amtsgerichtsbezirke aus Sparmaßregeln aufzulösen, hat der Reichsstädtebund als die Vertretung der betroffenen Kleinstädte lebhaft Widerspruch erhoben.

Einen wertvollen Erfolg hat der Bund bei der Neuordnung des Polizeiaufbaus erreicht. Die bis dahin in Preußen bestehende Angehörigkeit, daß die Städte mit kommunaler Polizei die Polizeikosten allein zu tragen haben, während die Städte mit staatlicher Polizei nur zu einem Drittel an der Kostenaufbringung beteiligt waren, ist nunmehr wesentlich gemildert worden. In diesen Lastenausgleich sind auch die Städte mit weniger als 2000 Einwohnern einbezogen worden. — Besondere Aufmerksamkeit hat der Reichsstädtebund der Finanzierung des Schulwesens gewidmet, weil an dieser gerade die mittleren und kleinen Städte am meisten schwer zu tragen haben. Endlich bedeutet auch die Schaffung eines Einheitsmaßes für die städtischen Haushaltspläne einen wesentlichen und wertvollen Fortschritt. Dieser Einheits-Haushaltsplan, der in vielen Städten bereits bei den Etatsaufstellungen für 1929 zur Anwendung gelangt ist, kann als das wohlgeleitete Ergebnis vielseitiger praktischer Erfahrungen angesehen werden. Er kommt den Wünschen der Öffentlichkeit, die auf größtmögliche Klarheit der städtischen Finanzangelegenheiten gerichtet sind, weit entgegen und fördert vor allem auch die Möglichkeit des Vergleichs der Haushaltspläne in den verschiedenen Städten.

Gemeinderundschau

Oberbürgermeisters Fiebers Abschied von Baden-Baden

Die Stadt Baden-Baden bereitet ihrem scheidenden Oberbürgermeister Fieber Montag nachmittag eine würdige Abschiedsfeier. Im geschmückten großen Rathsaussaal versammelten sich die Mitglieder der städtischen Kollegien, die Amtsvorstände, Presse und eingeladenen Gäste. Das Doppelquartett des städtischen Orchesters spielte Tartini's „Largo“, der Sängerbund „Hohenbaden“ sang Mozarts „Schutzgeist“.

Es betrat der Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, Justizrat Ketterer, das Podium, der die Tätigkeit des Abschiednehmenden tiefgründig würdigte und einen Überblick über das, was Oberbürgermeister Fieber in den 23 Jahren seines Wirkens als Oberhaupt der Stadt Baden-Baden geleistet hat. Er sprach im Namen der Kollegien und der Bürgerschaft den Dank für alle Mühe und Aufopferung in den schweren Jahren der Krieges- und Nachkriegszeit aus und übermittelte den Beschluß des Stadtrats und des Bürgerausschusses, Oberbürgermeister Fieber das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und die Brücke zum Kurhaus, Reinhard-Fieber-Brücke zu taufen. Im Namen des engeren Mitarbeiterstabes des scheidenden Oberbürgermeisters sprach anschließend der Amtsnachfolger Oberbürgermeister Eiser, der einen Blick in die tiefe Menschlichkeit des nur infolge angegriffener Gesundheit aus dem Amt austretenden Oberbürgermeisters gab.

Oberbürgermeister Fieber dankte gerührt für die vielerlei Ehrungen, die man ihm bereitet, gab dem Wunsch Ausdruck, die schöne Wädertadt möge die Zeiten wirtschaftlicher Depression gut überstehen und zu neuem Glanze emporblühen. Mit einem Chor und einem Beethovenstück wurde die Feier beendet.

Es kann noch mehr gespart werden

Wenn es auch zweifellos richtig ist, daß der größte Teil der kommunalen Ausgaben heute zwangsläufig ist, also ohne Berückung der Befehle nicht eingespart werden kann, so gibt es doch in jedem Gemeindehaushalt noch genug Möglichkeiten, erhebliche Ersparnisse vorzunehmen. Ein Musterbeispiel dafür, wie bei festem Willen gespart werden kann, und, wenn Not an Mann ist, gespart werden muß, bietet das Vorgehen des Oberbürgermeisters Kiewitt in Wanne-Eidel. Obwohl hier der Ausgabenetat der Stadt bereits von den Stadtverordneten und von den Aufsichtsbehörden genehmigt war, hat sich Oberbürgermeister Kiewitt beantragt gesehen, an den einzelnen Etatpositionen Streichungen im Gesamtbetrag von 140 000 Reichsmark vorzunehmen.

Es zeigte sich nämlich, daß die beschlossenen Ausgaben durch die verfügbaren Steuereingänge nicht gedeckt werden konnten, so daß im Haushaltsplan ein Fehlbetrag von über 150 000 Reichsmark verblieben wäre. Oberbürgermeister Kiewitt bestimmte deshalb in einer Sparverordnung, in welchen Etatpositionen Einsparungen vorgenommen werden müßten, um den Haushaltsplan zum Ausgleich zu bringen! Es gelang auf diese Weise in Wanne-Eidel, nicht nur die vorgelebten Ersparnisse von 70 000 M im ersten Halbjahr, sondern noch darüber hinaus weitere Ersparnisse zu erreichen. Benignitäts ergab die Abrechnung für die erste Hälfte des Rechnungsjahres Minusausgaben von 250 000 M gegenüber den Etatvoranschlägen. Wenn auch wohl anzunehmen ist, daß ein Teil dieser ersparten Ausgaben noch in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres wird nachgeholt werden müssen, so ist doch sicher, daß zum mindesten die von dem Oberbürgermeister erzielten Einsparungen auch tatsächlich durchgeführt werden, und daß infolge dessen Einnahmen und Ausgaben am Schlusse des Haushaltsjahres sich ausgleichen werden. Diese Art, einen Fehlbetrag im Gemeindehaushalt zu vermeiden, kann nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Kommunales und Wirtschaftliches aus Schwellingen

Wie in allen deutschen Gemeinden ist auch in Schwellingen die Finanzlage recht ungünstig. So sind z. B. die Fürsorgekosten mit 170 000 M gegenüber 13 000 M in der Vorkriegszeit um mehr als das Dreizehnfache gestiegen. Für Rationalisation und Straßenbauarbeiten im neuen Wohnviertel sind 72 000 M zur Verfügung gestellt. In Aussicht stehen noch drei Doppelwohnhäuser der „Gagfa“, für deren Kosten von 140 000 M sich die Reichsversicherung mit rund 68 000 Reichsmark, der Bezirkswohnungsverband mit rund 44 000 M und die Gemeinde Schwellingen mit ungefähr 30 000 M beteiligen werden.

Als günstig kann die Lage in der Schwellingener Industrie bezeichnet werden. Sie weist eine gute Beschäftigung auf. Ab 1. Januar wird in einem Teil der Räumlichkeiten der früheren Kunstseidenfabrik eine Mannheimer Waffel- und Keksfabrik überföhren. Wesentliche Betriebserweiterungen sind bei der heimischen Weberei bereits in Angriff genommen. Ein Malzereihochbau ist fertiggestellt.

12 Prozent der Bevölkerung unterstützungsbedürftig. Die Erwerbslosigkeit ist in Ladenburg in ständigem Steigen begriffen. Zur Zeit zählt man etwa 250 Hauptunterstützungsempfänger; einschließlich der Familienangehörigen sind etwa 600 Personen auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen. 12 Proz. der gesamten Bevölkerung sind demnach unterstützungsbedürftig. Dabei sind die Ausgesteuerten, die keine Erwerbslosenunterstützung mehr erhalten, noch nicht einmal inbegriffen.

Der Bürgerausschuß Westlich beschäftigte sich mit dem Gesuch der Firma Ludwig Bosh, Werkzeugzeuge in Ostmettingen bei Ebingen, auf Einrichtung eines Fabrikationsbetriebes von Werkzeugzeugen. Der mit dieser Firma abgeschlossene Vertrag fand nach längerer Aussprache, bei der man sich über das seitens der Stadt eingeleitete Risiko völlig einig war, Annahme. Die Stadtgemeinde übernimmt für die Firma eine Bürgschaft von 15 000 M und befreit das Unternehmen in den ersten drei Jahren ganz von der Umlage. Als Gegenleistung verpfändet die Firma an die Stadt ihre sämtlichen Maschinen.

Straßenbauprojekt Ottoschwanden—Streitberg—Schuttertal. Auf der letzten Gemeinderatsitzung in Ottoschwanden fand das Straßenbauprojekt Ottoschwanden—Streitberg zur Beratung, wodurch eine Verbindung von Ottoschwanden nach dem Schuttertal hergestellt und das noch fehlende Zwischenglied einer neuen Durchgangsstraße Emmendingen—Lahr über Freiamt und Ottoschwanden eingefügt wird. Den Hauptteil des Kostenvoranschlags hat Ottoschwanden zu tragen. Sobald die Genehmigung der zuständigen Behörden vorliegt, soll mit den Arbeiten begonnen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Dezember	30. Dezember
	1929	1929
Amsterdam 100 G.	168.65	168.98
Kopenhagen 100 Kr.	112.09	112.31
Italien . . . 100 L.	21.86	21.90
London . . . 1 Pf.	20.384	20.785
New York . . 1 D.	4.1765	4.1424
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495
Schwiz . . . 100 Fr.	81.175	81.335
Wien 100 Schilling	58.84	58.896
Braun . . . 100 Kr.	12.375	12.395
	12.385	12.405

Carl Mez Söhne AG, Freiburg, und Gütermann & Co., Gutach. In der kürzlichen Generalversammlung, die Funktion mit der Firma Walter u. Söhne in Freiburg befehlig, wurde auch mitgeteilt, daß mit der Firma Gütermann u. Co. in Gutach Abmachungen über Austausch gewisser Artikel und über gemeinsamen Vertrieb zustande gekommen seien. Dieses Abkommen tritt lt. „Freiburger Ztg.“ am 1. Jan. in Kraft. Danach werde der Firma Gütermann ausschließlich die Herstellung von realer Nähseide einschl. Schappennähseide und der Mez AG, die Fabrikation von Nähgarn aus Kunstseide und Baumwolle übertragen. Durch diese Bindung werde die seit herige Konkurrenz ausgeschaltet, die vor kurzem noch eine wesentliche Preisentwertung der Gutachter Firma für deren Schappenseidengarne mit sich brachte. Ferner solle nach und nach eine Verschmelzung der Verkaufszweige erfolgen.

Die deutsche Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche von 134,1 auf 134,0 zurückgegangen.

Staatsanzeiger

Lebensrettung

Zimmermann Jakob Schneider und Schneider Wilhelm Moser von Gutach, Schwarzwaldbahn, haben am 14. Juli 1929, nachmittags, den Mechanikerlehrling Prüfle aus der Gutach bei der Lohmühle, Gemartung Gutach, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Den Genannten spreche ich für ihre entschlossene und mutige Tat hiermit die öffentliche Anerkennung aus. Freiburg i. Br., den 28. Dezember 1929. Badischer Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg: Schwoerer.

Ausgang aus den Personalveränderungen des Reichsheeres

(Unter bes. Berücksichtigung des Wehrtreikommandos V.) Mit dem 1. Januar 1930 werden ernannt: Generaloberstleutnant Dr. Theel, Inf.-Regt. 9 zum Divisionsveterinär der 5. Division; Generaloberstleutnant Dr. Schele, Reiter-Regt. 10 zum Divisionsveterinär der 3. Kavalleriedivision. Mit dem 31. Dezember 1929 scheidet aus: Oberleutnant Wendt, Art.-Regt. 5; Oberleutnant Jakob, Sanitätsabteilung 5, Generaloberstleutnant Dr. Schmele, Divisionsveterinär der 5. Division; Generaloberstleutnant Dr. Galle, Divisionsveterinär der 3. Kavalleriedivision. Mit dem 1. Januar 1930 werden verlegt: Leutnant Graf von Rostk, Reiter-Regt. 16 in das Reiter-Regt. 8; Leutnant (W) Schulz, Reutnant in Spandau zur Kommandantur des Truppenübungsplatzes Ohrdruf; Stabsarzt Dr. Stenund, Sanitätsabteilung 5 in die Sanitätsabteilung 2 (Schweiz); Stabsarzt Dr. Wittig, Sanitätsabteilung 5 in die Sanitätsabteilung 3, Sanitätsabteilung Berlin; Oberarzt Dr. Thüraf, Sanitätsabteilg. 8 in die Sanitätsabteilg. 5, Sanitätsabteilg. 11; Stabsveterinär Dr. Ott, Nachrichtenabteilung 5 zum Art.-Regt. 2; Stabsveterinär Dr. Bogenhauer, Fahr.-Abt. 1 zum Art.-Regt. 2; Stabsveterinär Dr. Bollert, Fahr.-Abt. 5 zum Art.-Regt. 2; Stabsveterinär Dr. Gauger, Fahr.-Abt. 5 zum Art.-Regt. 2.

Kurze Nachrichten aus Baden

Sturmschäden — Anfeigen der Wasserläufe
 D3. Freiburg, 30. Dez. Der gewaltige Sturmturm am vergangenen Sonntag, hat nicht nur eine starke Schneeschmelze hervorgerufen, sondern auch erhebliche Schäden an dem Baumbestand angerichtet. Durch die Wucht der Böen wurden viele Fichten und Föhren umgerissen und besonders in den Jungschonungen ist der Waldschaden groß. Auch Telegraphenmasten wurden durch den Sturm umgerissen und auf dem dem Orlan besonders ausgeföhnten Bahhöfen des Gebirges erlitt der Verkehr wiederholt starke Störungen, zeitweise war ein Vorwärtskommen gegen den Wind unmöglich.
 Die reichlichen Niederschläge und die starke Schneeschmelze haben zu einem raschen Steigen der Wasserläufe am Oberrhein geführt. Der Rhein selbst ist in der letzten Woche um circa 70 bis 80 Zentimeter gestiegen. Aber auch die Zuflüsse vom Schwarzwald und von der Schweiz führen große Wassermengen zu Thal. Eine direkte Hochwassergefahr besteht aber nicht.

D3. Haslach i. R., 30. Dez. Die Firma Hartsteinwerke Kulfan, Gebr. Leferenz in Haslach, hat sämtlichen Arbeitern

gekündigt. Mit den vor einiger Zeit in anderen Betrieben hier droilos gewordenen Arbeitern erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen in hiesiger Stadt auf etwa 200.

D3. Güttenbach, 30. Dez. Hier starb dieser Tage der älteste Einwohner der Gemeinde, Uhrmacher **Mattias Dold**, im Alter von 92 Jahren. Mit ihm ist einer der wenigen noch lebenden Uhrmacher, die selbständig Schwarzwälder Uhren anfertigten und verhandelt, dahingegangen.

D3. Breinau, 30. Dez. Nach kurzer Krankheit starb hier am Donnerstag früh Altbürgermeister **Josef Waldbogel**, nachdem erst am Sonntag zuvor seine Frau gleichfalls verstorben war. Der Heimgegangene bekleidete von 1880—1901 das Amt des Bürgermeisters von Steig und gehörte lange Zeit dem Kirchensitzungsrat der Pfarzgemeinde Breinau an.

D3. Freiburg, 31. Dez. In der vergangenen Nacht kam es hier in einer Wirtschaft zwischen einigen Gästen zu einer Schlägerei. Hierbei wurde der 31 Jahre alte **Karl Schwoiger** von hier durch mehrere Stiche am Kopf und Hals schwer verletzt. Ein Messerstück hatte auch die Schlagader getroffen. Der Mann, der in die chirurgische Klinik eingeliefert wurde, starb heute früh. Der vermeintliche Täter, ein Händler namens **Scheu**, wurde verhaftet.

bid. Engen, 31. Dez. Die seit einem Jahr in Engen etablierte Zigarrenfabrik **Kraus und König** wird zu Beginn des neuen Jahres ihren Betrieb weiter ausdehnen. Die Stadterweiterung Engen hat der Firma die gesamten Räume des alten, aufgehobenen Amtsgefängnisses wie des hierzu gehörigen Wohnhauses zur Verfügung gestellt.

Taschenbuch für die Sozialpolitik. Herausgegeben von Dr. **Johannes Dierkes** (Deutscher Städtebund) und Dr. **Erwin Naewitz** (Regierungsrat in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Hauptstelle). 1. Jahrgang 1930. VII, 334 Seiten H. 8°. Leinenband 4,50 RM. G. S. Des., München. — Für die vielen, die in Deutschland in der sozialen Fürsorge und der Sozialversicherung tätig sind, ist es nachgerade ein dringendes Bedürfnis, ein Taschenbuch zu haben, das ein auskunftsbereiter Führer ist. Das Buch umfaßt das gesamte Gebiet der Sozialpolitik, also die soziale Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angefallenen-, Knappschaftsversicherung) und die soziale Fürsorge für Schwerbeschädigte und Arbeitsunfähige, das Versorgungswesen, die Wohlfahrtspflege, die Internationale Sozialpolitik usw.

Ablieferung der Gegenmarken-Sammelkarten und Geschäftsanteilkarten

Wir bitten unsere verehrl. Mitglieder, die gelbe Gegenmarken-Sammelkarte für 1929 sowie die braune Geschäftsanteilkarte, falls dieselbe noch nicht abgeliefert sein sollte,

bis 15. Januar 1930

in der Verteilungsstelle, in der die Waren entnommen werden, abzuliefern. Die blauen Gegenmarken werden nur bis 11. Januar angenommen. Alle später abgelieferten Gegenmarken können bei der Rückvergütungsgutschrift nicht berücksichtigt werden. Die Verrechnung später abgelieferter Marken findet erst im darauffolgenden Jahre statt.

Lebensbedürfnisverein

Bad. Kommunale Landesbank
Girozentrale
 Zweiganstalt Karlsruhe
 Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte
 insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs — Kreditungabe an den gewerblichen Mittelstand

368

PAMIR

Der Film aus 7000 m Höhe
 überträgt alle Kulturfilme der letzten Monate und vermittelt Eindrücke von nie dagewesener Großartigkeit dazu u. a.

Kampf ums Dasein im Ozean.
 Musikbegleitung. / Jugendliche zugelassen
 Neujahrstag nur 16 Uhr
 Donnerstag, 2., bis Montag, 6. Jan., jeweils 20.30 Uhr, Sonntag, 5. Jan., nur 16 Uhr

Bad. Lichtspiele **Konzert-haus**

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
 DOSENHEIM A. S. VIERZEL

LIEFERT AUS SCHLOSS U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Möbel

Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Schlafzimmer
 Küchen
 einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
 Kein Laden, daher billigste Preise 940

Bauarbeiten - Vergabung

Für den Ausbau eines 5-Familien-Wohngebäudes in Buden werden die erforderlichen Putz-, Schreiner-, Schlosser-, Maler- u. Linder- u. Tapezierarbeiten, ferner die Holzfußböden, Gipsstriche, Fußbodenbeläge u. Bandbekleidungen mit Fliesen,

BÜRO-BEDARF

Kalender	Quart-Format	35	♣
Schnellhefter	Quart-Format	85	♣
	10 Stück		
Briefordner	mit Hobelmechanik, Kantenschutz und Register	95	♣
	10 Stück 8,50, Stück		
Registrier	für Ordner	20	♣
Vorordner	6,80	
Löschtretten	12	♣
Holzlöcher	Stück 95, 65, 50		♣
Metalllöcher	Stück 90		♣
Deutsche Reichsliste	1/4 Ltr. 1,60, 1/2 Ltr. 3,40, 3/4 Ltr. 5,10		♣
Postkante	1/4 Ltr. 3,40, 1/2 Ltr. 5,10		♣
Geschäftsanschläge	farb. 1000 St.	2,50	
Geschäftsanschläge	weiß mit Innendruck 1000 Stück	5,50	
Schreibm.-Durchschlag	Quart-Format	1,35	
	1000 Blatt		
Schreibm.-Papier	1000 Blatt 5,50, 4,50	2,50	
Quart-Briefblocks	Stück 90, 65, 50	45	♣
Notizblocks	10 Stück 1,85, 95		♣

Geschäftsbücher

Folio-Kassabücher	mit 1 oder 2 Kolonnen	1,75
	Stück 4,20 2,50	
Folio-Hauptbücher	Stück 4,20 3,50	1,95
Follobücher	mit 1 oder 2 Kolonnen	1,35
	Stück 3,65 2,40	
Schmalfollobücher	mit 1 oder 2 Kolonnen	1,25
Strazzen	Stück 95, 60, 35	25
Durchschreibebücher	Stück	35
	90, 60, 50	

Kalender

Abreißblöcke	Stück	10
Wochenkalender	Stück	75
Taschenkalender	Stück	15
Wandkalender	Stück	10
Abreißkalender	Stück 95, 60	25
Wochen-Vormerkkalender	St. 80	45
Sonnencken-Ersatzkalender	Stück	80
	1,30 1,10 95	

KNOPF

In der Strafsache gegen den Schriftleiter **Wilhelm Paul Langner** von Albersfeldt und wohnhaft in Gleiwig wegen Verleumdung durch die Presse hat das Schwurgericht zu Mannheim am 5. Juni 1929 zu Recht erkannt:

I. Schriftleiter **Paul Wilhelm Langner** aus Albersfeldt wird wegen eines Vergehens der üblen Nachrede nach § 186 RStGB. zu einer Gefängnisstrafe von 8 Wochen und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

II. Dem badischen Justizminister wird die Befugnis zugesprochen binnen zwei Monaten nach Rechtskraft des Urteils auf Kosten des Verurteilten den verfügbaren Teil des Urteils durch je einmaliges Einrücken in der Mannheimer Arbeiterzeitung, in dem Mannheimer Volksblatt, sowie in der Karlsruher Zeitung öffentlich bekanntzumachen.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1929. 3.971
 Der Justizminister.



Badisches Landestheater
 Dienstag, 31. Dez. 1929
Christliches Märchenbuch
 Weihnachtsmärchen von v. d. Trenck
 Dirigent: **Steen**
 Regie: v. d. Trenck
 Mittwirkende:
 Ermarth, Frauendorfer, Genter, Quaijer, Guse, Hebeisen, Janz, Kurt, Wangel, Seiling, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Müller, Brüter, Schneider, Schulze, v. d. Trenck, Geier, S. Kienischer, Ruther, Meyer, Seiberl.

In der Strafsache gegen 1. den Schriftleiter **Kurt Rosenbaum** aus Lippstadt und wohnhaft in Mannheim, 2. den Schriftleiter **Stefan Hermann Heymann** aus Mannheim und wohnhaft daselbst, wegen Verleumdung durch die Presse hat das Schwurgericht zu Mannheim am 10. Juni 1929 zu Recht erkannt:

I. Die Angeklagten **Kurt Rosenbaum** aus Lippstadt und **Stefan Hermann Heymann** aus Mannheim werden wegen Vergehens nach §§ 186, 196, 200 RStGB., § 20 PresseG., Rosenbaum zur Geldstrafe von 1000 Reichsmark — Eintausend Reichsmark —, im Falle der Unbebringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von 66 — sechshundsechzig — Tagen; Heymann zur Geldstrafe von 1500 RM — Fünfhundert Reichsmark —, im Falle der Unbebringlichkeit für je 15 RM 1 Tag Gefängnis, und beide zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

II. Dem Herrn badischen Justizminister wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils in der Volksstimme in Mannheim, in der Karlsruher Zeitung und in der Ausgabe A der Arbeiterzeitung, in letzterer in demselben Teil und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Verleumdung geschehen ist, durch einmalige Einrückung binnen zwei Monaten nach Rechtskraft des Urteils auf Kosten der Angeklagten bekanntzumachen.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1929. 3.970
 Der Justizminister.

Im Stadt. Konzerthaus
 * Mittwoch, 1. Januar 1930
Kater Lampe
 Komödie von Rosenow
 Regie: **Herz**
 Mittwirkende:
 Ermarth, Frauendorfer, Genter, Quaijer, Schreiner, Ziegler, Hebeisen, Brand, Gemmede, Graf, Höder, Müller, Brüter, Schulze, v. d. Trenck, S. Kienischer.

Terrazzoböden, Installationsarbeiten mit den fanitären Anlagen vergeben.
 Die Unterlagen liegen vom Donnerstag, 2. Januar, beim unterzeichneten Bauamt von 8 bis 12 und 14 bis 17 Uhr, und außerdem Samstag, den 4. Januar, auf unserm Bauamt in Buden von 10 bis 15 Uhr auf und können dort eingesehen u

Philippburg. 3.972
 Güterrechtsregisteramt
 Trag Bd. I S. 211: **Herde**, August, Elektromonteur in Philippburg, und dessen Ehefrau **Eva geb. Bauer**, daselbst. Durch Vertrag vom 27. November 1929 wurde die Verwaltung und Nutzung des Mannes am Vermögen der Frau ausgeschlossen.
 Philippburg, 27. 12. 29.
 Amtsgericht.